

Herbstsession 2024 des Nationalrats

www.martinamunz.ch



Dies ist mein 45. und letzter Sessionsbericht. Elf Jahr durfte ich mit Freude und Herzblut in der nationalen Politik mitwirken. Nach jeder Session habe ich einige meiner Eindrücke im Sessionsbericht festgehalten und damit einen Blick in die Bundespolitik ermöglicht. Jetzt heisst es Abschied nehmen und den Stab weitergeben. Ich freue mich, dass mit Linda De Ventura eine junge, engagierte und gut qualifizierte Frau den Schaffhauser SP Sitz im Nationalrat übernimmt. Zusammen mit Simon Stocker im Ständerat ist die SP Schaffhausen in Bern so gut aufgestellt wie kaum je zuvor. Doch sie erwartet keine leichte Aufgabe, denn die Machtverhältnisse im Parlament haben sich verschoben. Die Bürgerlichen können bei fast allen wichtigen Dossiers durchmarschieren. Es braucht viel politisches Gespür, damit die sozialdemokratischen Werte Gehör finden. Dafür ist Linda De Ventura bestens gerüstet. Ich wünsche ihr viel Freude und Erfolg in dieser verantwortungsvollen Aufgabe. Bei allen Lesenden möchte ich mich für das Interesse und für die Unterstützung herzlichst bedanken. Ich habe mich stets durch meine Basis getragen gewusst - das hat mir Kraft und Motivation gegeben. Vielen Dank!

Ignoranz gegenüber humanitärer Katastrophe im Gazastreifen

Die UNRWA, das Hilfswerk der UNO für Palästina leistet lebenswichtige Arbeit vor Ort. Es betreibt Schulen, verteilt Hilfsgüter und stellt die Gesundheitsversorgung sicher. Es wird deshalb von allen relevanten Akteuren anerkannt und unterstützt. Die Hinweise, dass die Organisation von der Hamas unterwandert sein soll, sind nicht belegt. Fabian Molina sprach Klartext: «Es gibt aktuell, keine Alternative zur UNRWA. Der UNRWA die Mittel zu streichen, bedeutet, das Leid zu vergrössern, ja Menschen in den sicheren Tod zu schicken.» Trotzdem wurde eine Motion überwiesen, welche der UNRWA sofort alle Schweizer Finanzmittel entzieht. Damit bricht die Schweiz mit ihrer humanitären Tradition.

Die bürgerliche Sparpolitik setzt sich durch

Das Sparpaket des Bundesrates ist ein einziger Angriff auf die soziale Schweiz. Am meisten bluten soll die Kita-Finanzierung. Das wird einen Flickenteppich zur Folge haben, denn die Kantone werden sicherlich ihre Finanzierung anstelle des Bundes ausbauen müssen mit unterschiedlichen Prioritäten. Auch der Klimaschutz soll weggespart werden, so soll der Heizungsersatz dem Sparhammer zum Opfer fallen. Damit kann der Volksentscheid zum Netto-Null-Ziel nicht umgesetzt werden. Im Asylbereich soll es bei Integrationspauschalen Abstriche geben und bei der internationalen Zusammenarbeit sind Kürzungen vorgesehen. Landwirtschaft und Armee kommen ungeschoren davon. Auch die Wirtschaft kann sich die Hände reiben. Einnahmenerhöhungen wurden nicht ernsthaft geprüft, obwohl in den letzten Jahren die Unternehmenssteuern mehrfach gesenkt wurden. Das nennt sich Klientelpolitik. Das Vorgehen im Bundesrat ist nicht mehr auf Konsens ausgerichtet. Die bürgerliche Sparpolitik setzt sich durch. Wichtige gesellschaftspolitische Anliegen bleiben dabei auf der Strecke.

Lärmschutz ade! Die mächtige Immobilienbranche freuts!

Lärmschutz ist Gesundheitsschutz. Bis jetzt galten strenge Richtlinien für das Bauen in lärm-belasteten Gebieten. Ein Vorstoss der GLP wollte mit der sogenannten Lüftungsfensterpraxis den Lärmschutz massiv lockern. Jeder Raum sollte wenigstens über ein Fenster verfügen, an dem die Grenzwerte eingehalten werden. Mit jeder Runde im Pingpong zwischen National- und Ständerat wurde der Lärmschutz aber weiter abgeschwächt. In Zukunft muss nun mit einer kontrollierten Lüftung kein einziges Fenster die Lärmgrenzwerte einhalten! Für die kommenden Hitzesommer eine bedrohliche Vorstellung, denn ohne Durchzug bringt man die Hitze nicht aus der Wohnung. Nationalrat Wasserfallen von der FDP meinte: «Wenn man günstigen Wohnraum schaffen will, müssen wir halt Wohnungen an lärmbelastenden Standorten bauen.» Dass Lärm krank macht, ist ihm egal. Die Immobilienbranche wird mit diesem «günstigen» Wohnraum gutes Geld verdienen, sie würden sonst kaum an verkehrsbelasteten Strassen bauen. Immerhin konnten wir verhindern, dass der Ständerat ein Tempo-30-Verbot zur Lärmreduktion einführte. Vom Tisch ist diese Forderung aber nicht.

Individualbesteuerung: Mutterpartei lässt FDP-Frauen im Stich

Die FDP-Frauen habe eine Initiative zur Einführung der Individualbesteuerung eingereicht, die im Rat über rund sieben Stunden diskutiert wurde. Die Heiratsstrafe soll abgeschafft werden, darin war man sich einig. Steuerliche Fehlanreize halten Frauen vom Arbeitsmarkt ab. Es gibt zwei Varianten zur Abschaffung der Heiratsstrafe: Das progressive Modell mit der Individualbesteuerung und das konservative Modell mit der Mitte-Initiative. Diese will ein Splitting, das unverheiratete Paare weiterhin benachteiligt. Der Bundesrat hat zur Initiative der FDP einen indirekten Gegenvorschlag vorgelegt mit einem bestechend einfachen System, das verheiratete und unverheiratete Paare identisch besteuert. Der Vorschlag führt allerdings zu Steuerausfällen in der Höhe von einer Milliarde Franken, zu viel für die Finanzlage des Bundes. Einschneidende Sparmassnahmen wären damit zu erwarten. Die progressive Seite (SP, FDP-Frauen, GLP, Grüne) unterstützen die Individualbesteuerung. Die Mitte und SVP sind komplett dagegen. Die FDP zeigten in der politischen Debatte Null Interesse ihre eigene Initiative zu verteidigen. Nicht einmal die Kommissionsprechenden wollten sie unterstützen. Die SP begrüsst die Individualbesteuerung, doch ist der Preis dafür hoch. Mit 98 zu 93 ist der Gegenvorschlag knapp durchgekommen. Im Ständerat müssen die Einnahmeausfälle erheblich reduziert werden, sonst wird die Vorlage von uns nicht unterstützt und würde damit Schiffbruch erleiden.

Aufstockung des Armeebudgets auf dem Buckel der Ärmsten

Die von bürgerlicher Seite überstürzte Erhöhung des Armeebudgets dominierte die Herbstsession. Der Bundesrat wollte die massive Aufstockung wegen der Schieflage der Bundesfinanzen hinausschieben. Doch davon wollten die Bürgerlichen nichts wissen. Sie waren sich einig, dass die Armee rasch mit vier Milliarden jährlich zusätzlich ausgestattet werden soll. Mit welchen finanziellen Mitteln da gingen die Meinungen weit auseinander. Diskutiert wurden ein rückzahlbarer Fonds, eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und natürlich Einsparungen. Die mehrstündige Debatte wurde in einem gehässigen und wenig konstruktiven Ton geführt. Der Ratspräsident musste zu mehr gegenseitigem Respekt aufrufen. Die Kritik, dass die Aufrüstung der Armee auf teilweise veraltetem Bedrohungsszenario beruht, wurde nicht gerne gehört. Zu viel wird in Infanterie, Panzer und Artillerie investiert, statt in Flugabwehr, Schutz vor Cyber-Angriffen und Terrorismus. Bei der Finanzierung setzte sich der von FDP und SVP gezimmerte Vorschlag für Einsparungen durch mit verheerenden Auswirkungen auf die Internationale Zusammenarbeit. Damit wird vor allem die Friedensförderung zusammengestrichen, die zur globalen Sicherheit beiträgt. Auch beim Bundespersonal soll gespart werden und die Kantone bekämen weniger Geld aus der Direkten Bundessteuer. Mit diesen Konsequenzen ist für uns die Armeebotschaft ungeniessbar. Einer Aufstockung, mit der von der Mitte vorgeschlagenen Fondslösung, hätten wir zugestimmt.

Grösstes Revitalisierungsprojekt Europas kann starten

Österreich und die Schweiz haben am Alpenrhein ein gemeinsames Hochwasserschutzprojekt entwickelt. Der Rhein soll aus seinem engen Kanal herausgeholt werden und ein Stück Wildheit zurückerhalten. Das zwei Milliarden Projekt ist das grösste Revitalisierungsprojekt Europas. Im Rhonetal wurde ein ähnlich grosses Projekt schubladisiert, es brauche zu viel Landwirtschaftsfläche. Jetzt mahnen uns die grossen Unwetter im Wallis und Tessin daran, dass die Renaturierung zügig angegangen werden muss. Wir müssen froh sein, dass der Hochwasserschutz am Alpenrhein ein Gemeinschaftswerk der Schweiz mit Österreich ist, gesichert durch einen Staatsvertrag. Unserem Nachbarland ist klar, dass mit dem Klimawandel der Hochwasserschutz inklusive Revitalisierung alternativlos ist. Nicht so die Schweiz. Bezüglich Revitalisierung wird nur das gesetzliche Minimum gemacht und das war gewissen Kreisen schon zu viel. Projektleiter Markus Mähr bekundet seine Bedenken: «Die Schweiz begegnet dem Vorhaben am Rhein mit freundlichem Desinteresse, obwohl eine Schnellzuglinie und die Autobahn entlang dem Fluss von Überflutungen betroffen wären.» Der Österreichische Nationalrat hat in Wien dem zwei Milliarden Projekt einstimmig zugestimmt. Auch der Schweizer Nationalrat stimmten dem Projekt zu. Ohne den Druck unserer Nachbarn, wäre das Projekt wie die Rhone-Korrektur aber versenkt worden. Ökologische Projekte haben es mit dem neuen Umweltminister sehr schwer. Gelder für ökologische Massnahmen werden gekürzt, die Biodiversitätskrise schöngeredet, Zahlenmaterial zurückgehalten und Klimaschutzmassnahmen reduziert. Der Backlash zur Klimabewegung ist heftig!